

Das Wachstum der Stadt gestalten: Eine Strategie für mehr Investitionen und Innovationen in Berlin

Wo die Stadt steht

Seit 2011 erlebt Berlin eine rasante Entwicklung. Die Zeit der Stagnation ist vorbei, die Stadt steckt im Aufholprozess und mausert sich zu einer dynamischen, innovativen und wirtschaftskräftigen europäischen Metropole. Viele Indikatoren zeigen, dass Berlin auf einem guten Weg ist: Wirtschaft, Beschäftigung und Bevölkerung wachsen stärker als im Bundesdurchschnitt, nirgends werden mehr Unternehmen gegründet, keine Großstadt in Europa zieht mehr Startup-Kapital an. Berlin ist erkennbar auf einem dauerhaft höheren Wachstumspfad. Mehr als 145.000 Arbeitsplätze haben vor allem die Unternehmen seit 2011 geschaffen, die Zahl der Einwohner ist in den vergangenen Jahren jeweils um mehr als 45.000 gestiegen. Die Arbeitslosenquote lag 2011 im Jahresdurchschnitt noch bei 13,3 Prozent, 2015 waren es fast drei Punkte weniger. Dank des starken Wachstums gibt es seit 2012 Haushaltsüberschüsse, daher ist die Gesamtverschuldung auf die Marke von 60 Milliarden Euro gesunken. Zugleich gibt es wieder Spielraum für mehr Investitionen.

Das ist zum einen auf ein günstiges Wirtschaftsklima zurückzuführen, europa- wie weltweit. Zum anderen hat die wirtschaftspolitische Grundausrichtung des Senats seit 2011 eine wichtige Rolle gespielt. „Starke Wirtschaft. Gute Arbeit“, lautete die erste Überschrift in der Koalitionsvereinbarung. „Wirtschaftliches Wachstum ist die Grundlage für wachsenden Wohlstand“, hieß es weiter. Denn nur dauerhaft hohe Zuwächse sorgen dafür, dass Berlin die Aufgaben schultern kann, die in den kommenden Jahren anstehen.

Was auf Berlin zukommt

Berlin steht vor einer Reihe großer Herausforderungen. Viele davon sind neu und haben sich in den vergangenen Jahren so noch nicht gestellt. Die Stadt kann ihnen nur gerecht werden, wenn das Wachstum der Wirtschaft die nötigen Spielräume dafür schafft. Dazu sind höhere Investitionen erforderlich, sowohl durch den Staat als auch durch den Privatsektor. Dazu muss der Senat Rahmenbedingungen schaffen, die die Attraktivität der Stadt für Investoren sichern und erhöhen – mit wirkungsvollem Handeln in zahlreichen Politikfeldern.

Berlin erwirtschaftet Haushaltsüberschüsse. Zugleich ist die Verschuldung noch immer enorm hoch, die Solidarpakt-Mittel laufen aus, und der Investitionsbedarf ist immens. Nötig ist eine Wahrung der Balance aus Investieren und Konsolidieren. Berlin darf auf keinen Fall die konsumtiven Ausgaben zu Lasten der Konsolidierung erhöhen.

Berlin und Brandenburg sind ein einheitlicher Wirtschaftsraum. Die Landesgrenze darf deshalb keine Bedeutung für die Wirtschaftspolitik haben. Nötig ist daher eine noch engere Abstimmung und Planung in vielen Politikfeldern – beispielsweise bei der Infrastruktur, im Wohnungsbau, bei der Energie oder der Integration von Flüchtlingen. Die wichtigsten Institutionen müssen regelmäßig gemeinsam tagen und entscheiden.

Herausforderung: Das Wachstum der Stadt gestalten

Hält der Zuzug von Menschen an, wird Berlin, gemessen an der Einwohnerzahl, schon vor 2030 in der Dimension eines zusätzlichen Bezirks wachsen. Die Infrastruktur muss mitwachsen und moderner werden, damit die Stadt lebenswert und für zusätzliche Investitionen attraktiv bleibt.

Nötig sind deshalb höhere Investitionen für Erhalt, Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur. Dies betrifft Straßen, Brücken, Schienen, der Ausbau des BER, der A100, der Bau der Tangentialverbindung Ost und von Radwegen. Die wachsende Stadt braucht außerdem mehr Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen. Die Investitionsquote, eine der niedrigsten aller

Bundesländer, muss daher sukzessive deutlich steigen. Zusatzinvestitionen von 10 Prozent in das Verkehrsnetz erhöhen nach einer Schätzung der Investitionsbank Berlin das BIP um bis zu 1,0 Prozent. Der Zuzug vieler Menschen erfordert überdies ein investitionsfreundliches Klima für Wohnungsbau. Zugleich sind zusätzliche, attraktive und kurzfristig verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen nötig.

Nötig ist eine bezirksübergreifende Strategie für ein Gewerbeflächen-Monitoring. Daraus muss ein permanentes Gewerbeflächen-Informationssystem entstehen. Konflikte durch konkurrierende Nutzungen müssen verhindert werden. Das TXL-Areal muss unmittelbar nach der Schließung des Flughafens als Wissenschafts- und Industriepark „urban tech republic“ an den Start gehen können. Für das Tempelhofer Feld braucht es einen Neubeginn. Die Standards für Neubauten müssen auf dem aktuellen Stand eingefroren werden, damit die Bau-Kosten nicht noch stärker steigen.

Herausforderung: Industrie stärken, Startup-Wirtschaft voranbringen

Industrie, Dienstleistungs-Sektor und Gründerszene sind die Säulen der Hauptstadt-Wirtschaft. Die Industrie als Impulsgeber und Katalysator für nachgelagerte Bereiche braucht Unterstützung. Berlin muss den industriellen Bestand pflegen und sich gleichzeitig weiter intensiv um Investoren bemühen, vor allem in wertschöpfungsstarken Bereichen. Erfolgsfaktoren dafür sind eine wirtschaftsfreundliche Politik auf allen Ebenen der Verwaltung, ein einfacher Zugang zu Fachkräften und Innovationen sowie wettbewerbsfähige Steuer- und Energiekosten. Insbesondere der Gewerbesteuer-Hebesatz muss stabil bleiben.

Die Startup-Wirtschaft hat seit 2011 mehr als 60.000 Arbeitsplätze in Berlin geschaffen. Die umsatzstärksten Startups Deutschlands haben ihren Sitz in Berlin. Die Politik muss alles tun, um die Spitzenstellung Berlins als europäische Startup-Metropole zu festigen, z.B. durch Anreize für noch mehr Wagnis- und Wachstumskapital. Ausländische Startups brauchen einfachere Startbedingungen, etwa durch eine mehrsprachige Verwaltung, auch in Sachen öffentlicher Auftragsvergabe. Sehr wichtig ist die Vernetzung von Startups und etablierten Unternehmen – insbesondere aus der Industrie.

Die Effizienz und Ertragskraft der Unternehmen, an denen Berlin beteiligt ist, müssen deutlich steigen, damit der Spielraum für Investitionen größer wird. Die Stadt braucht eine leistungsfähige, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Zukunft des Gas- und des Stromnetzes durch industrielle Partnerschaften zu erreichen. Darüber hinausgehende Rekommunalisierungen müssen tabu sein.

Herausforderung: Bessere Bildung für den Fachkräfte-Nachwuchs

Genügend qualifiziertes Personal ist entscheidend für den langfristigen Erfolg von Unternehmen. In Berlins Bildungssektor gibt es aber auf vielen Ebenen noch Verbesserungspotenzial, der Rückstand zu anderen Regionen ist beträchtlich. Jedes Kind braucht eine seinem Talent entsprechende Förderung in der Schule.

Nötig ist eine bessere Ausstattung der Bildungsträger. Die Schulen brauchen mehr investive Mittel, um den Sanierungsstau abzubauen zu können. Auch die digitale Ausstattung muss besser werden – es braucht mehr qualifizierte Lehrkräfte ebenso wie zeitgemäße Hard- und Software. Die duale Ausbildung muss aufgewertet werden, etwa durch leistungsfähigere Oberstufenzentren. Die Verbundausbildung muss ein starkes Instrument bleiben. Bei der Berufs- und Studienorientierung muss das Konzept des Senats rasch an allen Schulen umgesetzt werden. Die Jugendberufsagentur muss im Lauf des Jahres 2016 in allen Bezirken die Arbeit aufnehmen. Dadurch entstehen

Erkenntnisse über den Verbleib der Jugendlichen nach der Schule – diese müssen genutzt werden für eine Neuordnung des Übergangssystems von der Schule in den Beruf. Dies kann entscheidend dazu beitragen, die Jugend-Arbeitslosigkeit zu verringern und damit Berlins Arbeitslosenquote perspektivisch auf den Bundesdurchschnitt zu senken.

Herausforderung: Flüchtlinge integrieren

Allein 2015 sind 80.000 Flüchtlinge nach Berlin gekommen. Nur schätzungsweise jeder zehnte verfügt über ein Qualifikationsniveau, das ohne weiteres auf dem deutschen Arbeitsmarkt verwertbar ist. Für alle übrigen mit einer Bleibeperspektive wird für eine erfolgreiche Integration in Ausbildung und Arbeit ein erheblicher Aufwand von allen Arbeitsmarktakteuren zu treiben sein.

Nötig sind zunächst straffere und kürzere Verfahren von der Erstregistrierung bis zum Asylbescheid. Sprachförderung, Integrationskurse, Kompetenzfeststellung und erste Betriebskontakte müssen bereits während des laufenden Asylverfahrens erfolgen. Dafür müssen die beteiligten Behörden, Schulen, Oberstufenzentren, Arbeitsagenturen und Jobcenter entsprechend ausgestattet sein.

Die Bundesagentur für Arbeit hat ein sinnvolles System von Förderinstrumenten entwickelt, das nun vor Ort angewendet und von der Landesarbeitsmarktpolitik ergänzt werden muss. Die Wirtschaft unterstützt den Integrationsprozess insbesondere durch die Bereitstellung von Plätzen für Hospitation, Praktikum, Einstiegsqualifizierung und Ausbildung.

Das Ziel sollte es sein, bis Ende 2017 10.000 Flüchtlinge in eine Arbeit oder in eine Ausbildung zu bringen. Zur Qualifizierung derjenigen Menschen, die nicht so schnell vermittelt werden können, muss in Abstimmung aller Akteure ein System entwickelt werden, das einer Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit mit allen damit verbundenen Folgen entgegenwirkt.

Herausforderung: Das digitale Berlin

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche ist ein Mega-Thema in den kommenden Jahren. Berlin als dynamische, experimentierfreudige Metropole muss die Chancen nutzen, die sich daraus ergeben – in der Wirtschaft 4.0, bei Smart-City-Themen wie Energieversorgung, Verkehrslenkung und Gebäudetechnik oder bei neuen Geschäftsmodellen. Berlin muss der Ort werden, an dem Unternehmen digitale Innovationen entwickeln, erproben und von hier aus auf den Markt bringen. Berlin muss das Labor für Arbeit 4.0 werden.

Dazu muss die Digitalisierung ein Querschnittsthema in Schule, Hochschule, Ausbildung und Weiterbildung werden. Ein Zehntel des Bildungsetats sollte zukünftig in Digitales fließen. Die Wissenschaft muss eine Open-Access-Kultur leben und anwendungsorientierte Lösungen liefern. Gerade Mittelständler brauchen mit Blick auf 4.0-Anwendungen einen intensiveren Transfer von Forschung in die Praxis. Eine Open-Data-Strategie hilft bei der Entwicklung neuer, datenbasierter Geschäftsmodelle. Die Anwendung von Smart-City-Lösungen in jedem Lebensbereich kann zeigen, welche Potenziale möglich sind. Voraussetzung für das digitale Berlin sind Breitband-Datennetze – per Kabel und drahtlos. Die Digitalisierung muss zentral koordiniert werden. So wie in Unternehmen ein *Chief Digital Officer* den Wandel steuert, muss ein/e *Staatssekretär/in für Digitales* alle Projekte der Senatsverwaltungen bündeln.

Herausforderung: Eine moderne und digitale Verwaltung

Berlins Behörden müssen effizienter arbeiten. Eine schlanke, bürger- und wirtschaftsfreundliche Verwaltung muss technisch auf der Höhe der Zeit sein.

Nötig ist dazu eine Überprüfung der Strukturen auf allen Ebenen. Wenn ein Viertel der Landesbeschäftigten (27.000) bis 2021 in Ruhestand geht, eröffnet das neue Möglichkeiten zur Umstrukturierung: Online-Ämter können Prozesse und Dienstleistungen schneller erledigen. Personal muss dort eingesetzt werden, wo es Bürger und Wirtschaft am dringendsten benötigen – auf Bezirks- wie auf Senatsebene, natürlich mit einer zeitgemäßen technischen Ausstattung. Was digitalisiert werden kann, muss digitalisiert werden. In einer weltoffenen, internationalen Metropole müssen die wichtigsten Anliegen auf Englisch regelbar sein.